

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Abnehmestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,30 Mk., bei Postbestellung 2,50 Mk. jährlich 24 Mk. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Bezugspreis: 10 Pf. pro Woche. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Wagenpreise: Die Spezialtaxi-Kategorie 20 Goldpfennig, die 4 geteilten Teile der amtlichen Beschilderung 40 Goldpfennig, die 2 geteilten Teile 20 Goldpfennig, die 1 geteilten Teile 10 Goldpfennig. Wechselkursgebühren 20 Goldpfennig. Besondere Ermäßigungen werden nach Möglichkeit gemacht bis um 10 Uhr nachmittags. Abends bis 10 Uhr durch Fernruf übermitteln. Kurzigen Bescheid mit einer Garantie. Jeder Bescheidenspruch enthält, wenn der Antrag durch die Fernruf übermitteln werden muß, über den Antraggeber in Konkurs geht. Angewandte werden alle Verordnungen des Reiches.

Nr. 224. — 84. Jahrgang.

Wilsdruff-Dresden

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2840

Freitag, 25. September 1925

## Ein neues Lustschloß.

Aus Wirtschaftskreisen wird uns geschrieben: Die Herren auf der Völkervereinigung in Genf sind zurzeit wieder einmal mit dem Bau eines neuen Lustschloßes beschäftigt, über dessen Portal die Überschrift „Internationale Wirtschaftskonferenz“ prangt. Vonanreger ist bekanntlich der französische Vertreter Loucheur, und wie das in Genf natürlich ist, die Völkervereiniger haben „grundsätzlich“ ihre Zustimmung zu dem Plan gegeben. Der Plan ist natürlich theoretisch wundervoll; die Völkervereiniger haben, die Weltproduktion zu regeln und vergleichen mehr. Nur in der Praxis sieht die ganze Geschichte anders aus. Und wenn die Praxis Wirtschaft heißt, dann ist sie besonders weit entfernt von der Theorie entfernt, weil sonst diese Theorie die Wirtschaft einfach abwürgt.

Daß die Idee aus Frankreich stammt, ist nicht einmal so verwunderlich. Ebenfalls, daß Loucheur, der Führer der französischen Schwerindustrie, mit gleicher Begeisterung in Genf dafür eingetreten ist wie Loucheur, der Führer der französischen Gewerkschaften. Frankreichs Wirtschaft ist in guter Verfassung und die Zahl der Arbeitslosen ist dort ganz gering; die gegenwärtige Situation des Frankreich begünstigt diese wirtschaftliche Scheinblüte. Aber andere Staaten sind nicht in dieser glücklichen Lage: sie verfolgen eine Wirtschaft- und Zollpolitik, die den französischen Plänen gerade entgegengesetzt ist. Von Amerika ganz zu schweigen, geht Polen sehr daran, zollpolitische Maßnahmen scharfster Art zu treffen, hat sie zum Teil schon getroffen, was besonders deswegen bedeutungsvoll ist, weil ja soeben polnische Vertreter in Berlin zwecks Abschluß eines Handelsvertrages eingetroffen sind.

Von polnischer Seite hat man versucht, die schweren Wunden, die der Handelskrieg mit Deutschland geschlagen hat, durch eine Hohe zur Heilung. Das ist freilich völlig mißglückt. Der polnische Ministerpräsident hat sich weitestgehende Vollmachten zwecks Besserung der Handelsbilanz von der polnischen Völkervereinigung erteilen lassen und diese vor allem dazu benutzt, um nicht nur die deutsche Einfuhr zu verbieten, sondern auch ganz allgemein die von Luxuswaren und einer großen Reihe von Fertigfabrikaten, die angeblich von Polen selbst hergestellt werden können. Hierin liegt, vom Standpunkt der nationalen Wirtschaft aus gesehen, theoretisch etwas ganz Nichtiges; aber Polen ist nur in der Lage, über eine geringe Reihe von Gütern zu verfügen, die sich zur Ausfuhr eignen. Dabei spielen in der Rechnung der polnischen Regierung vor allem die Getreideernte und dann die Kohlenproduktion die wichtigste Rolle. Die polnische Währungsnot, da die Handelsbilanz unheimlich schlecht abschloß. Der polnische Ministerpräsident vertrießte auf die kommende Getreideernte, muß nun aber selbst erleben, daß diese Rechnung falsch ist. Denn die Getreidepreise sinken in rascher Weise, so daß jetzt das polnische Getreide in Danzig schon weit unter dem deutschen Friedenspreis angeboten wird. Und auf die radikalen polnischen Einfuhrverbote hat nun sogar der „Stawische Bruderstaat“, nämlich die Tschechoslowakei, mit einem Einfuhrverbot auf polnische Kohlen geantwortet. So blieb dem polnischen Ministerpräsidenten vor kurzem in der Kammer nichts anderes übrig, als einzugehen, daß er den abgerufenen „Moth“, das polnische Zahlungsmittel, voranschreitlich nicht wieder auf den Paribus zurückbringen könne. Nationalistischer Übermut ist also in Polen durch die wirtschaftlichen Notwendigkeiten beiseite geworfen. Die wirtschaftliche Lage in Ostpreußen ist verzweifelt, Verschärfung der Arbeitszeit kann angesichts der gewaltigen Arbeitslosenmassen nicht erzwungen werden, und die polnischen Handelsvertragsunterhändler werden ihre Forderungen eine große Reihe von Pföden zurücksteden müssen. Die Produktionsverhältnisse und -möglichkeiten in Polen lassen eben eine Durchführung der nationalen Wirtschaftspolitik abgesehen, also eine selbständige Weltbewegung der wirtschaftlichen Bedürfnisse dieses Landes einfach nicht zu.

Ähnlich liegen natürlich die Verhältnisse einer Reihe anderer Länder, während beispielsweise Amerika eine solche wirtschaftliche Selbstständigkeit durchzuführen vermag. Die Folge davon sind hohe Zollmauern. Der Krieg hat das wirtschaftspolitische Gesicht der Erde in vielen Zügen geändert; in früher reinen Agrarländern haben sich starke Industrien entwickelt, die gegen die Konkurrenz der älteren Industrieländer geschützt werden. Die Nachfrage auf dem Weltmarkt ist gesunken, weil gewaltige Ländermassen, wie beispielsweise Rußland, Sibirien, ganz oder zum größten Teil als Bedarfsländer kaum noch in Frage kommen. Sinkende Nachfrage auf der einen Seite, gewaltiges Steigen des Angebots auf der anderen macht die Konkurrenz auf dem Weltmarkt weit schärfer, als es vor dem Kriege der Fall war. Die Staaten selbst aber müssen mit allen Mitteln ihre Eigenwirtschaft zu fördern suchen, schon deswegen, weil sie bei einem Daniederliegen ihrer Wirtschaft vor der nicht bloß finanziell-wirtschaftlich, sondern auch politisch gefährlichen Frage der Versorgung der Arbeitslosen stehen.

So stehen sich im Raume harte die Sachen und die Hoffnungen und Wünsche, die man in Genf allzu reichlich ausspricht, können in absehbarer Zeit nicht in Erfüllung gehen. Nur langsam und Schrittweise kann sich der Ge-

## Annahme der Einladung sicher.

Luther und Stresemann Delegierte. Berlin, 23. September.

Das Reichskabinett hat gestern entgegen der Ankündigung seine Beratungen über die Einladung zur Sicherheitskonferenz nicht fortgesetzt, sondern erst zu heute abend die Weiterbesprechung angeht. Das eine gilt jetzt als sicher und wird von allen informierten Stellen bestätigt — an der Annahme der Einladung durch Deutschland ist kaum noch zu zweifeln. Irgendwelche erhebliche Schwierigkeiten sind von keiner der maßgebenden Parteien zu erwarten. Während England und Frankreich sowie Belgien auf der Konferenz nur durch ihre Außenminister vertreten sein werden, sollen als deutsche Unterhändler Reichkanzler Dr. Luther und Reichsaußenminister Dr. Stresemann teilnehmen. Auch die Beteiligung des italienischen Ministerpräsidenten Mussolini scheint jetzt feststehen. Als wahrscheinlicher Konferenzort wird Locarno genannt. Die Antwortnote der deutschen Regierung auf die Einladung der Westmächte soll am Freitag abgehen, nachdem die Ministerpräsidenten der Länder unterrichtet und gehört worden sind. Die Sitzung des auswärtigen Ausschusses ist erst auf Sonnabend einberufen.

Es bestehen allerdings noch erhebliche Meinungsverschiedenheiten über die tatsächlichen Richtlinien für die von Deutschland zu entsendenden Delegierten, obwohl in dieser Beziehung ins Gewicht fällt, daß bei der Teilnahme Dr. Luthers der für die Politik des Reiches verantwortliche Mann zur Stelle wäre. Ob schon in Locarno aber ein endgültiges Abkommen erzielt würde, ist zweifelhaft. Wahrscheinlicher ist, anzunehmen, daß diese Zusammenkunft erst die Grundlage für die später sich anschließende endgültige Konferenz zur Unterschriftsleistung schaffen soll. Man legt bei der Reichsregierung großen Wert darauf, alle verfassungsmäßigen Stellen, also Reichstag und Länderregierungen, zu den Beratungen heranzuziehen. Aus diesem Grunde sind auch die Ministerpräsidenten der Länder zum Freitag nach Berlin geladen worden, und über den Beschluß des Kabinetts würden vor seiner Ausführung sowohl der Ministerpräsident als auch der auswärtige Ausschuss gehört werden.

## Kolonialangebote an Deutschland.

Berlin, 23. September. Ein hier nicht ernsthaft aufgenommenes angebliches Entschuldigungsangebot an Deutschland bei seinem eventuellen Eintritt in den Völkervereinigung wird von Brüssel aus der Welt verklärt. Schon zur Zeit, als MacDonald noch an der Spitze der englischen Regierung stand, war die Rede davon, Deutschland für den Fall seines Eintritts in den Völkervereinigung das Mandat über das sogenannte Kenyagebiet in Ostafrika zu übertragen. Seit steigt in dem Brüsseler „Peuple“ ein Versuchsballon auf, der Deutschland die Übertragung der englischen Mandate über

Teile von Logoland und Kamerun in Aussicht stellt. Drei Viertel der Oberfläche der ehemaligen deutschen Kolonie Togo — 32 000 Quadratkilometer — sind englisches Mandatsgebiet. Das englische Mandatsgebiet von Kamerun umfaßt etwa 80 000 Quadratkilometer und ein Fünftel der Oberfläche des ehemaligen deutschen Schutzgebietes.

Dieser dürrtliche Ertrag für die Deutschland genommenen Kolonialgebiete hat anscheinend nur geringen Anspruch auf Beachtung, ganz abgesehen davon, ob das Reich heute geneigt wäre, die bekannten Fehler der Mandatsmächte, die sie in den von Deutschland übernommenen Kolonien begingen, in einem lächerlich kleinen Teile davon wieder gutzumachen.

## Stellung der Deutschnationalen.

Berlin, 23. September. Über die bisherigen Beratungen der Deutschnationalen Volkspartei, die heute fortbauern, wurde folgender Bericht ausgegeben:

„Partei Vorstand und Landesverbandsvorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei billigen die Ausführungen, die die Vorsitzenden der Partei und der Reichstagsfraktion sowie Reichsminister Schiele über die programmatische Stellungnahme zur gegenwärtigen außenpolitischen Lage gemacht haben, und geben ihre Zustimmung zu der hiernach zu führenden Politik der Reichstagsfraktion.“

Die deutschnationale Reichstagsfraktion ist heute unter dem Vorsitz des Grafen Westarp erneut zusammengetreten, um die Beratungen über den Siderheitspakt fortzusetzen. Wie man erfährt, wird die endgültige Stellungnahme der Deutschnationalen die Note der Reichsregierung vom 20. Juli d. J. zur Grundlage nehmen. Die Verhandlungen wurden übrigens bald unterbrochen und bis in den späten Abend verlagert.

## Mißtrauen in Bayern.

Die Vereinigten Vaterländischen Verbände Bayerns haben an die Reichstagsfraktionen der Reichsparteien einen offenen Appell gerichtet, in dem es heißt: Der vaterländisch denkende Teil des deutschen Volkes betrachtet die geplanten Verhandlungen mit dem größten Mißtrauen, er erblickt in ihnen das Bestreben unserer bisherigen Gegner, all den Verzicht auf deutsches Land und deutsches Volk, den man uns mit der Unterschrift des Versailleser Vertrages abgezwungen hat, nach sieben Jahren durch einen freiwilligen Verzicht befehlen zu lassen. Keine deutsche Regierung hat aber das Recht, in dieser Hinsicht Verpflichtungen einzugehen, die der Deutsche von heute und noch mehr der Deutsche späterer Generationen schroff ablehnen muß. Darum würden Vertreter der Reichsparteien, die ihre Wahl in den Reichstag den vaterländischen Kreisen verdanken, mit der Unterzeichnung einer solchen Politik das Band zwischen Wählern und Gewählten zerreißen.

dante durchsetzen, daß auch wirtschaftlich das Wohlergehen des einen nicht notwendig die Verkrümmung des anderen zur Voraussetzung haben muß. Noch aber sind wir weit entfernt davon, daß diese Überlegung sich in den weltwirtschaftlichen und handelspolitischen Beziehungen Geltung verschafft.

## Die Preisentwertung der Regierung.

Ministerreden im Reichswirtschaftsrat. Die Frage der Preisentwertung der Reichsregierung war Gegenstand von Erörterungen im Wirtschaftspolitischen Ausschuss des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats. Diese Beratungen erzielten ihren besonderen Wert durch Ausführungen des Reichswirtschaftsministers Dr. Neuhaus. Der Minister wies auf das große Gesetzgebungs-werk hin, das der Reichstag im Sommer mit seiner Steuer- und Zollgesetzgebung verabschiedet hat, von dem die Regierung eine Erleichterung der Wirtschaftslage erhofft.

Der Minister betonte ferner, daß die Regierung gewillt sei, weiter an der Schaffung der Gesundungsvoraussetzungen zu arbeiten und insbesondere nicht zuzulassen, daß die Zollspanne, die der autonome Tarif zeitweise gewährt, von irgendeiner Seite zum einseitigen Nutzen ausgeschöpft wird, oder daß die Erleichterungen auf dem Steuergebiet nur einem kleinen Kreise zugute kommen. Weiterhin wird die Regierung, so sagte der Minister, nicht nur gegen die Konjunktur, die mit ihrer wirtschaftlichen Nachstellung Mißbrauch treiben, sondern auch gegen alle preissteigernden Klaukeln vorgehen.

Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Graf Kanitz, der sodann das Wort ergriff, vertrat die

meinung, daß die Einwirkung zur Senkung der Preise in der Hauptsache von den drückenden Stellen der Kommunen und den unteren Verwaltungsbehörden, ausgehen müsse. In der öffentlichen Erörterung wird, so sagte der Minister weiter, leider vielfach nicht hinreichend beachtet, daß bei wichtigen Nahrungsmittelgruppen, wie z. B. bei Getreide und Kartoffeln, die Erzeugerpreise sich in letzter Zeit so gestiegen haben, daß sie zum Teil sogar noch unter den Friedenspreisen liegen. Z. B. ist der Roggenpreis in den letzten Tagen unter 160 Mark für die Tonne gesunken, während der Friedenspreis regelmäßig höher war. Auch der Erzeugerpreis für Kartoffeln liegt zurzeit unter dem Durchschnittspreis für Kartoffeln im letzten Friedensjahr.

Der Minister kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als ob in vielen Erwerbskreisen eine gewisse Tendenz besteht, ihrerseits jegliches Opfer abzugeben und von anderen Wirtschaftskreisen wieder Zugeständnisse zu fordern. Damit kommen wir nicht weiter. Nur wenn alle an der Produktion- und Güterverteilung beteiligten Kreise ohne Rücksicht auf ihre wirtschaftlichen Nachteile durch die Tat mitwirken, wird sich das im Interesse unserer Gesamtwirtschaft zu erstrebende Ziel errichten lassen. Nicht nur Produzent, nicht nur Großhändler, nicht nur Kleinhändler müssen mitarbeiten, sondern auch die mit der Vermittlung von Krediten besetzten Kreise müssen ihrerseits alles tun, um die verteilende Wirkung der Zinsspanne wirksam zu vermindern.

Schließlich wurde ein sechsseitiger Ausschuss ernannt, der durch eine umfassende Erhebung über die Produktions- und Organisationsbedingungen der deutschen Wirtschaft die nötigen Grundlagen für die Handels- und Preispolitik schaffen soll.